

# Trotz Bedenken hat der Grosse Rat dem Elanco-Landkauf klar zugestimmt

Für 23 Millionen Franken kauft der Kanton das Land der Firma Elanco in Marly und St-Aubin. Im Grossen Rat gab es kritische Stimmen zum Standort, zum Kulturgüterschutz und zur Strategie des Staatsrats.

Mireille Rotzetter

**FREIBURG** Die Grundstücke und Gebäude des US-amerikanischen Unternehmens Elanco kaufen zu können, sei eine «einzigartige Gelegenheit» für den Kanton Freiburg. Das sagten gestern Grossrätinnen und Grossräte aus allen politischen Lagern bei der Debatte im Freiburger Rathaus. Das Parlament stimmte dem Kauf deshalb zu; das Abstimmungsresultat fiel mit 93 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung deutlich aus. Damit gehen Ende Mai insgesamt 1,4 Millionen Quadratmeter Land in Marly und St-Aubin für 23 Millionen Franken in den Besitz des Kantons über (siehe auch Kasten).

## Nahe der Autobahnausfahrt

Als Argumente für den Kauf erwähnten die Parlamentarier, dass der Kanton so eine aktive Bodenpolitik betreiben und Firmen, die sich im Kanton ansiedeln möchten, Land zur Verfügung stellen könne. Nadia Savary (FDP, Vesin) freute sich über den Standort St-Aubin: «Der Broyebezirk ist wirtschaftlich schwach, er braucht eine stärkere Entwicklung.» Sie lobte, dass das Grundstück von der Autobahnausfahrt Avenches her gut erreichbar sei und dass dafür kein einziges Dorf durchquert werden müsse. «St-Aubin liegt 30 Minuten von Bern und von Lausanne entfernt, das ist ideal.»

Romain Collaud (FDP, Cotens) hob hervor, dass das Gelände in St-Aubin andere Möglichkeiten biete als beispielsweise jenes der Blue Factory in Freiburg oder der Firma Tetra Pak in Romont, das der Kanton ebenfalls gekauft hatte. «St-Aubin eignet sich vor allem



Die Industriebrache der Firma Elanco in St-Aubin geht in die Hände des Kantons Freiburg über.

Bild Vincent Murith/a

für Firmen, die komplett neu bauen wollen», sagte er.

Verschiedene Rednerinnen und Redner wiesen auf den «vernünftigen» Preis für die Grundstücke und Gebäude hin. Finanzdirektor Georges Godel (CVP) bezifferte diesen auf 50 Franken pro Quadratmeter, inklusive der Kosten, die für Abbruch sowie Unterhalt der Gebäude vorgesehen sind.

## Ablehnung gefordert

Trotz der vielen positiven Voten gab es etliche Kritik. Für Unverständnis sorgte bei vielen, dass das Amt für Kulturgüter gewisse Gebäude der ehemaligen Tierforschungsanstalt in St-Aubin unter Schutz gestellt hat. Pierre-André Grandgirard (CVP, Cugy) meinte, dass es gar nicht möglich sei, die alten Gebäude an die heutigen Energie-Bedingungen anzupassen. Gabriel Kolly (SVP, Corbières)

forderte den Staatsrat auf, sich bei den Verhandlungen mit dem Kulturgüteramt nicht mild zu zeigen. «Die alten Gebäude müssen abgerissen werden.» Georges Godel antwortete darauf: «Es ist die Rolle des Kulturgüteramts, uns zu sagen, dass wir bei gewissen Gebäuden aufpassen müssen. Aber das Amt ist offen für Lösungen.»

Elias Moussa (SP, Freiburg) kritisierte, der Staatsrat habe keine Strategie für die Grundstücke. «Welche Art von aktiver Bodenpolitik und Wirtschaftsförderung will der Kanton betreiben?» Die SP begrüsste neue Arbeitsplätze im Kanton, sei aber nicht für jede Firma: Würde sich beispielsweise ein Waffenhersteller niederlassen, wäre die Linke dagegen.

Gar die Ablehnung des Postulats forderten Markus Bapst (CVP, Düdingen) und Claude Brodard (FDP, Le Mouret).

Bapst tat dies aus raumplanerischen Gründen: Kaufe der Kanton Land wie in Marly, das erst verwendet werden könne, wenn die Strassenverbindung Marly-Matran bestehe, horte er Bauland. Bapsts Ansicht nach ergibt es mehr Sinn, Land in den strategischen Zonen, die der Kanton definiert hat, zu erwerben. Brodard seinerseits konnte nicht verstehen, dass der Kanton die Grundstücke ohne klares Ziel kaufen will. «Es bringt nichts, in jedem Bezirk Land zu kaufen. Besser wäre es, die Zonen, die wir haben, aufzuwerten und zu nutzen.»

Finanzdirektor Godel erklärte, dass sich eine Arbeitsgruppe gebildet hat, um die Bodenpolitik des Kantons zu konkretisieren. Er betonte, dass eine Offenheit nötig sei: «Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt und welche Firmen sich ansiedeln möchten.»

## Zahlen und Fakten

### Das Land ist bereits in der Arbeitszone

Im Herbst 2015, zehn Monate nachdem die Elanco-Gruppe die Abteilung Tiergesundheit von Novartis in St-Aubin übernommen hatte, entschloss sie sich, den Standort aufzugeben. Der Kanton kauft nun das Grundstück: Das sind 277 000 Quadratmeter Land in der Arbeitszone, wovon 150 000 nicht überbaut sind. Hinzu kommen 986 000 Quadratmeter Landwirtschaftsland. Auf dem Grundstück befinden sich Gebäude mit einer Bruttogeschossfläche von 25 000 Quadratmetern. Das Grundstück in Marly umfasst 150 000 Quadratmeter in der Arbeitszone. *mir*

## Der Grosse Rat genehmigt die Nachtragskredite

16,6 Millionen Franken mehr als budgetiert braucht der Staatsrat, damit die Rechnung 2016 ausgeglichen ist. Das Parlament hat das Geld gesprochen - aber gewisse Praktiken kritisiert.

**FREIBURG** Mit 82 zu 18 Stimmen bei drei Enthaltungen hat der Freiburger Grosse Rat gestern die vom Staatsrat beantragten Nachtragskredite für das Jahr 2016 bewilligt. Sie belaufen sich auf 16,6 Millionen Franken. Besonders ins Gewicht fallen Mehrausgaben für ausserkantonale Spitalaufenthalte, für Sozialhilfe an Asylbewerber und Flüchtlinge sowie für ausserkantonale Schulbesuche (die FN berichteten).

Die Nein-Stimmen kamen von der SP: Ursula Krattinger-Jutzet (Düdingen) legte vor der Abstimmung ihre Kritikpunkte dar. So ist es für ihre Fraktion unverständlich, dass der Kanton Bundessubventionen für die Verbilligung der Krankenkassenprämien verwendet, um gewisse Mehrausgaben zu kompensieren. «Das ist nicht annehmbar, dieses Geld wird zweckentfremdet», sagte Krattinger. Sie kritisierte zudem, dass der Staatsrat Subventionen an das Forum Freiburg und den Espace Gruyère in der Höhe von 120 000 Franken vergeben hatte, ohne zu wissen, aus welcher Kasse er dies bezahlen sollte.

Finanzdirektor Georges Godel (CVP) hielt zu den Bundessubventionen für die Prämienverbilligungen fest, dass es legal sei, unvorhergesehene Mehreinnahmen dazu zu verwenden, das Budget auszugleichen. Es finde keine Zweckentfremdung statt, da der Kanton sämtliche berechtigten Prämienverbilligungen gesprochen habe.

Die SVP kritisierte, dass die Ausgaben für ausserkantonale Spitalaufenthalte sowie für die Sozialhilfe an Asylbewerber und Flüchtlinge steigen. Insgesamt lobte das Parlament jedoch, dass die Nachtragskredite deutlich tiefer sind als in den vergangenen Jahren. *mir*

# Grossräte protestieren gegen Billag-Entscheid

Der Grosse Rat hat gestern eine Resolution an den Staatsrat und an die Freiburger Bundesparlamentarier überwiesen. Diese sollen aufklären, weshalb die Firma Billag das Mandat für das Inkasso der Radio- und Fernsehgebühren nicht mehr erhalten hat.

Mireille Rotzetter

**FREIBURG** «240 Personen verlieren ihre Stelle, das tut weh», sagte gestern André Schneuwly (Freie Wähler, Düdingen) an der Sitzung des Grossen Rates. Zusammen mit seinem Fraktionskollegen Benoît Rey (CSP, Freiburg) hatte er eine Resolution zur Freiburger Firma Billag verfasst: Sie fordern den Staatsrat und die Freiburger Bundesparlamentarier auf, dem Entscheid des Bundes nachzugehen. Dieser hat kürzlich das Mandat für das Inkasso der Radio- und Fernsehgebühren an eine Zürcher Firma vergeben, nachdem die Swisscom-Tochter Billag diesen Auftrag seit 1998 wahrgenommen hatte (die FN berichteten).

«Eine Firma hat den Zuschlag erhalten, die den Auftrag zu einem deutlich tieferen Tarif ausführen kann

als zwei andere Mitbewerber. Wie ist das möglich?», fragte Schneuwly. Hubert Dafflon (CVP, Grolley) konnte dies auch nicht verstehen: «37 Zürcher sollen die gleiche Arbeit machen wie 240 Freiburger. Das ist eine Ohrfeige für die Billag-Mitarbeiter», sagte er. Er äusserte auch seinen Unmut darüber, dass es beim öffentlichen Beschaffungswesen keine Rekursmöglichkeiten gibt.

## Besser im Voraus agieren

Christa Mutter (Grüne, Freiburg) sprach der Resolution ihre Unterstützung aus, auch wenn sie diese nicht als richtiges Mittel erachtete: «Im Nachhinein zu reagieren ist schwierig. Es wäre besser gewesen, im Voraus aktiv zu werden.» Das Beschaffungswesen nach den Kriterien der Welthandelsorganisation sei grausam und lasse keinen Spielraum. «Wir wuss-

ten, dass der Auftrag neu ausgeschrieben war», sagte sie. Es sei eine Freiburger Spezialität zu glauben, dass es genüge, Beziehungen zu haben. «Ein nächstes Mal dürfen wir nicht am Schluss protestieren, sondern müssen zu Beginn überlegen, was man tun kann.» Der Kanton hätte die Billag beim Erstellen der Offerte unterstützen können. Mutter forderte den Staatsrat auf, in den 20 Monaten, die bis zur Schliessung der Billag bleiben, Lösungen für die Mitarbeiter zu finden.

Auch Thierry Steiert (SP, Freiburg) erachtete die Resolution nicht als das richtige Mittel: «Sie ist zu schwach, wir können damit nur unsere Meinung ausdrücken.» Er stellte in Aussicht, eine Motion zur Einreichung einer Standesinitiative zu verfassen. Steiert möchte die Kriterien beim öffentlichen Beschaffungswesen dahinge-

hend ändern, dass Firmen, die eigens für die Vergabe eines Mandats gegründet werden, nicht berücksichtigt werden. Die Firma Serafe AG, die den Zuschlag für das Radio- und TV-Inkasso erhalten hat, wird ihre Arbeit erst diesen Juli aufnehmen.

Benoît Rey zeigte sich schockiert darüber, dass der Freiburger Volkswirtschaftsdirektor und die Firma Billag quasi zur selben Zeit wie die Medien über den Entscheid des Bundes informiert wurden. «Das ist eine unerhörte Gering-schätzung.» Er forderte seine Ratskollegen auf, ein starkes Zeichen zu setzen und die Resolution einstimmig anzunehmen. Dem kamen sie nicht ganz nach: Sie überwiesen die Resolution mit 81 zu 13 Stimmen bei 7 Enthaltungen; die Nein-Stimmen kamen grösstenteils aus dem FDP-Lager.

## Resolution

### Post soll umfassenden Service garantieren

Der Grosse Rat hat gestern mit 60 zu 35 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Resolution zur Post an den Bundesrat überwiesen. Die beiden Verfasser aus der SP-Fraktion, Simon Bischof (Ursy) und Benoît Piller (Avry-sur-Matran), fordern, dass der Bundesrat bei der Post interveniert, damit diese einen Service von hoher Qualität auch in abgelegenen Gebieten garantiert. Sie verfassten die Resolution infolge der Ankündigung des gelben Riesen, bis 2020 zwischen 500 und 600 Poststellen zu schliessen (die FN berichteten). *mir*

## Eine neue Friedensrichterin im Sensebezirk

**FREIBURG** Der Grosse Rat hat in seiner Märzsession Richterämter neu besetzt: Er wählte Caroline Gauch zur Friedensrichterin im Sensebezirk. Die 41-jährige Düdingerin wird das Amt in einem 60-Prozent-Pensum ausüben. Seit 2012 ist sie Präsidentin des Arbeitsgerichts des Saanebezirks sowie Gerichtsschreiber-Adjunktin beim Zivil- und Strafgericht des Saanebezirks und des Wirtschaftsstrafgerichts. Zur neuen Präsidentin des Bezirksgerichts Broye wählte das Kantonsparlament Virginie Sonney. Delphine Maradan wird Richterin beim Zwangsmassnahmengericht. Der Grosse Rat bestimmte auch neue Beisitzerinnen und Beisitzer beim Bezirksgericht Saane: Jean-Pierre Droz, Dominique Haller Sobritz, Renato Iliescu, Anne Jochem, Barbara Moigno, Paul Quartenoud und Anne-Colette Schmutz-Schaller. Ebenfalls wählte er Nicolas Charrière in den Justizrat. *mir*